



CDU

DIE FRAKTION IM
REUTLINGER GEMEINDERAT

CDU-Fraktion, Rathaus, Marktplatz 22, 72764 Reutlingen

Gabriele Gaiser
Fraktionsvorsitzende

Lange Äcker 4
72768 Reutlingen
E-Mail: gabi.gaiser@web.de
Internet: www.cdu-rt.de

Reutlingen, den 06.10.2020

Presseerklärung der CDU-Fraktion: CDU fordert schnelle Beschaffung von Corona-Schnelltests für Seniorenheime, Feuerwehr und Beschäftigte der Stadtverwaltung

Die CDU-Stadtratsfraktion fordert die Stadtverwaltung auf, dass beim Tochterunternehmen der Stadt Reutlingen, der Reutlinger Altenhilfe (RAH), veranlasst wird, für die Beschäftigten und Besucher der Seniorenheime eine genügende Anzahl von Corona-Schnelltests zu bestellen. Gleichzeitig sollen die Schnelltests für die Feuerwehr und Mitarbeiter der Stadtverwaltung ermöglicht werden.

„Antigentests bieten die Möglichkeit, mehr zu testen und schneller Infektionen zu erkennen. Deswegen eignen sie sich besonders für Besucher, Beschäftigte, Bewohner und Patienten von Pflegeheimen und Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen“, so Stadtrat und Notfallsanitäter Frank Glaunsinger. Nach Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit sollen Pflegeheime und Krankenhäuser ohnehin ab Mitte Oktober Antigen-Schnelltests großzügig nutzen. Das sei Ziel einer geplanten Testverordnung. Diese Schnelltests müssten von der Stadt zwingend auch auf weitere schützenswerte Bereiche wie die Feuerwehr und die Stadtverwaltung ausgedehnt werden, so Frank Glaunsinger, der als Notfallsanitäter selbst täglich im Kampf gegen Corona im Einsatz ist.

Sobald Corona-Schnelltests erhalten werden können, müsse die Stadtverwaltung deshalb eine genügende Anzahl dieser Tests bestellen, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Gaiser. „In dieser Jahreszeit wird die Anzahl an Infekten zunehmen. Um hier die besonders gefährdeten Menschen in den Seniorenheimen zu schützen soll bei Beschäftigten und Besuchern bei Erkältungssymptomen die Möglichkeit bestehen, direkt mit einem Corona-Schnelltest festzustellen, ob eine Covid-19-Erkrankung vorliegt. Ebenfalls soll diese Möglichkeit für die Beschäftigten bei der Feuerwehr und der Stadtverwaltung bestehen, da diese systemrelevant sind.“